



DRESDEN – JUNI 2013

VORTRAG PROF. DR. WINFRIED BÖTTCHER
(ÜBERARBEITET JAN. / FEB. 2016)

Zur Zukunft Europas in seinen Regionen¹

Das Europa der Regionen wird regional und föderal – ein Volk von europäischen Völkern² – oder es wird gar nicht sein.

Zwei Begründungspunkte strukturieren meine nachfolgenden Ausführungen, um mich dieser These anzunähern.

- Lissabon-Europa ist in einer fortschreitend globalisierten Welt mit der nach wie vor herrschenden Dominanz der Nationalinteressen über ein notwendiges europäisches Gemeinschaftsinteresse nicht überlebensfähig.

Nach wie vor versuchen die Nationalstaaten so viel Souveränität als möglich zu bewahren, indem sie auf zentralen Politikfeldern sich gegen die Übertragung auf eine supranationale Ebene wehren. Zwischenstaatliche, intergouvernementale Kooperationen verfestigen wie in einem Bollwerk nationalstaatliche Hoheitsrechte.

Der Nationalstaat hat seine wichtige historische Funktion erfüllt. So war er sicherlich ein Fortschritt, um den Feudalismus zu überwinden. Allerdings ist er mit zunehmender Globalisierung immer weniger in der Lage, seine ordnungspolitischen Aufgaben zu bewältigen. Er ist historisch erschöpft und ein Störenfried eines großen gesamt-europäischen Zukunftsentwurfs.

- Die Entnationalisierung, die durch die Globalisierung unaufhörlich fortschreitet, birgt erhebliche demokratische Risiken in sich, unabhängig davon, ob die Nationalstaaten dies wollen oder nicht. Globalisierung und Entdemokratisierung verhalten sich quasi direkt proportional zueinander.

Die jetzige Makro-Ebene, die Europäische Union, bedarf zwecks ihrer Weiterentwicklung zu einer Föderation neuer Art als unabdingbares Fundament die Mikro-Ebene, die Gemeinden in den Regionen.

Während auf der Makro-Ebene Demokratie als Staatsform durchaus ihren Platz hat, bedarf diese als notwendige Voraussetzung ihrer Funktionsfähigkeit die Demokratie als Lebensform auf der Mikro-Ebene. Gemeinsam gewährleisten die Makro- und die Mikro-Ebene die Regierungsfähigkeit einer Föderation neuer Art, ein post-nationales Europa in einer zunehmend globalisierten Welt.



Als vorläufiges Fazit können wir sozusagen einen „kategorischen Imperativ“ für Europa formulieren:

Wir brauchen mehr Europa, weniger Nationalstaat und mehr Demokratie.

Mehr Europa brauchen wir, um die Globalisierung im europäischen Sinne aktiv mitgestalten zu können, anstatt lediglich nur noch ihr Objekt zu sein.

Wir brauchen weniger Nationalstaat, weil wir durch den notwendigen Verlust an Nationalstaatlichkeit auf der einen mehr an Europafähigkeit auf der anderen Seite gewinnen.

Wir brauchen mehr Demokratie, weil nur durch deren Verwirklichung als Lebensform der einzelne Mensch Orientierung und Identität in einer zunehmend unübersichtlicheren Welt bewahren kann. Dieser Ort der Selbstvergewisserung ist die Region.

Diesen von mir sogenannten „kategorischen Imperativ“ für Europa wollen wir nun genauer betrachten. Zunächst untersuchen wir die Frage, warum die zunehmende Globalisierung eine Entnationalisierung der Nationalstaaten zur Folge hat. Ein kurzer Blick auf die Begriffe: Globalismus – Globalität – Globalisierung erleichtert das weitere Verständnis.³

Während die „Erste Moderne“ noch den Unterschied zwischen Politik und Wirtschaft kennt, hat im Globalismus der Weltmarkt weitgehend das politische Handeln verdrängt. Die „Ideologie der Weltmarktherrschaft“ blendet weitgehend außer der ökonomischen Dimension alle anderen Dimensionen aus, wie etwa „die ökologische, kulturelle, politische und zivilgesellschaftliche Globalisierung.“

Im Globalismus lassen sich die Ziele am Besten optimieren, wenn „Staat, Gesellschaft, Kultur und Außenpolitik“ wie Unternehmen geführt werden. „Es handelt sich in diesem Sinne um einen Imperialismus des Ökonomischen [...]“. ⁴ Globalität meint, dass wir in einer offenen Weltgesellschaft leben. „Geschlossene Räume“ sind nur noch eine Fiktion. Alles, was sich auf der Welt abspielt, selbst anscheinend nur örtliche Vorgänge, betreffen in der einen oder anderen Weise die ganze Welt.

„Globalität, so verstanden, kennzeichnet die neue Lage der Zweiten Moderne. Dieser Begriff bündelt damit zugleich elementare Gründe dafür, warum die Standardantworten der Ersten für die Zweite Moderne untauglich und widersprüchlich werden. Politik muss für die Zweite Moderne neu begründet, neu erfunden werden.“⁵

In der „Ersten Moderne“ konnten noch Räume, nämlich Nationalstaaten und Nationalgesellschaften, ökonomischem und anderem Handeln, „Macht- und Konkurrenzverhältnissen“ zugeordnet werden. Die „Zweite Moderne“ und damit die Globalisierung ist gekennzeichnet durch Grenzenlosigkeit auf der einen Seite und durch Dichte und Stabilität von Beziehungsgeflechten, zwischen einer eher unabsehbaren Anzahl von Akteuren auf der anderen Seite. So haben wir es nicht nur mit 193 mehr oder weniger selbstständigen Staaten zu tun, son



dern auch mit 45.000 NGOs weltweit.⁶ Globalisierung bezieht sich danach auf eine „Weltgesellschaft ohne Weltstaat und Weltregierung.“⁷

Ist Globalisierung nun eine neue Form der Weltpolitik oder lediglich ein neuer Name für ein altes Phänomen?

Heute ist weitgehend unstrittig, dass es den Austausch von Gütern von Nord nach Süd sowie von West nach Ost, wie auch in umgekehrten Richtungen, schon lange vor unserer Zeitrechnung gegeben hat. Zum Beispiel wurden archäologische Funde von Bernstein in Ägypten nachgewiesen, die auf einen entsprechenden Handel zwischen dem Ostsee- und dem Mittelmeerraum schließen lassen.

Eine neue weltweite Dimension erreicht der Güterverkehr mit Beginn der großen Entdeckungen des ausgehenden 15. Jahrhunderts. Stichworte: Kolumbus und Vasco da Gama.

Neben den Entdeckungen, der Erfindung des Buchdrucks durch Johannes Gutenberg (ca. 1400 – 1468) und der Gründung großer Handelsgesellschaften: East India 1609, Hudson Bay 1670, Royal Africa 1632 sind zwei Ereignisse für das Verständnis der Globalisierung nicht hoch genug einzuschätzen.

Der Friede von Münster und Osnabrück nach dem 30-jährigen Krieg 1648 hat das moderne Staatensystem begründet: Territorialität, Souveränität, Unabhängigkeit nach Innen und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Dieses mehr oder weniger gut funktionierende internationale System befindet sich seit 1990, seit dem Untergang der Sowjetunion und der völkerrechtswidrigen Bombardierung Belgrads, in einer Phase der Transformation.⁸

Das zweite Ereignis lässt sich auf das Jahr 1655 datieren und zwar mit dem Erscheinen der ersten wissenschaftlichen Zeitschrift „Philosophical Transaction of the Royal Society of London.“

Neben der Neuordnung des internationalen Staatensystems im Westfälischen Frieden war der explosionsartige Wissenszuwachs eine weitere Begründung für die derzeitige Globalisierung.

Quantität und Qualität des Wissens verändern die Welt. Seit 1655 erfolgte eine Verdoppelung der wissenschaftlichen Fachzeitschriften alle 15 Jahre. Die Zahl aller Publikationen hat sich seit 1750 alle 50 Jahre verzehnfacht.⁹

Zurzeit kommen jährlich sechs Millionen wissenschaftliche Publikationen auf den Markt, ca. 17.000 täglich. Man rechnet mit einer Verdoppelung der wissenschaftlichen und technischen Informationen alle 20 Monate.¹⁰ Diese Wissensexplosion wird noch deutlicher belegt, wenn man bedenkt: 80 Prozent aller Wissenschaftler, die bisher auf der Welt gelebt haben, gehören unserer Generation an. 60 Prozent der gesamten wissenschaftlichen und technischen Informationen in dieser Welt wurden nach dem Zweiten Weltkrieg produziert.



Das atemberaubende quantitative Wachstum von Wissen wurde möglich durch eine qualitative Veränderung des Wissens während der letzten 400 Jahre. Auch dies kann man an einem Datum festmachen. Francis Bacon (1561 – 1626) schrieb 1598 in seinem „Novum Organum“ den vielbeachteten und -zitierten Satz, der 250 Jahre später zum Kampfbegriff der Arbeiterklasse wurde: „knowledge itself is power“¹¹ (Wissen ist Macht).

Indem Wissen gesellschaftsrelevante Bedeutung erhält, verändert sich auch das Wissen selbst. Die Abkehr vom magisch-mythischen Denken hin zum empirisch-analytischen Denken mit Beginn der Neuzeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur technischen industriellen Revolution. Arbeit und Kapital sind noch die Hauptproduktivkräfte. Wissenschaft, Technik und Industrialisierung durchdringen und wandeln sich zum großindustriellen Produktionsprozess und finden eine „praktische“ Höchstform im militärischen Bereich. In dieser Richtung pervertiert unser Denken bis hin zur Drohne.

Diese neue Form des Denkens wurde möglich durch das Prinzip Organisation im Verbund mit dem kybernetischen Denk- und Handlungsansatz. Das neue Zauberwort heißt Information. Information erzeugt sich permanent selbst und selbständig. Durch die „Lehre von der Informationsübertragung und Kontrolle bei Maschinen und Lebewesen – wie es Norbert Wiener 1952 formulierte – und die Abkehr vom mechanischen Denken hin zum zielgerichteten Systemdenken wird der Computer als technische Abbildung dieses Denkens möglich.“¹²

Die durch den Computer möglich gewordene sekundenschnelle Vernetzung von Informationen weltweit stellt uns vor kaum lösbare Probleme. Fortschritt wird heute weitgehend mit technischem Fortschritt assoziiert, gekoppelt an quantitatives Wachstum.

Der naturwissenschaftlich-technische Fortschrittsglaube gaukelt uns vor, Wissenschaft und Technologie seien in der Lage, jedes Problem zu lösen. Antworten auf so dringliche Fragen: Wie sollen wir uns verhalten, was sollen wir tun, wie wollen wir in Zukunft leben, erhalten wir nicht.

Jean-Jaques Rousseau hat auf eine Preisfrage der Akademie von Dijon 1749 – „Hat der Wiederaufstieg der Wissenschaft und Künste zur Läuterung der Sitten beigetragen?“ – geantwortet: „Unsere Seelen korrumpieren in dem Maße, in dem unsere Wissenschaften und Künste fortschreiten zur Vollkommenheit.“¹³

Genau 190 Jahre später verfasste Berthold Brecht sein episches Theaterstück „Das Leben des Galilei“. Dort lässt er den durch die Inquisition Verfolgten nachdenken: „Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein.“¹⁴

Hat Europa eine Chance, aus der gegenwärtigen Krise, die niemand bestreitet, die viele Facetten hat, nicht nur finanzielle, gestärkt hervorzugehen? Da wir uns, nach meiner Auffassung in einer Systemkrise befinden, müssen wir das bisherige europäische System mit den Nationalstaaten als den politischen Hauptakteuren radikal verändern.



Der Nationalstaat kann diese Veränderungen nicht vollziehen, es sei denn, dass er konstruktiv im Sinne Hegels sich aufhebt, also sich auflöst und auf einer höheren Ebene zu einem neuen qualitativ besseren System beiträgt.

Der Nationalstaat steht unter einem doppelten Druck. Er wird durch vielerlei Kräfte von innen und außen verändert. Von innen ist es mit der wachsenden Orientierungslosigkeit seiner Bürger konfrontiert, weil er selbst orientierungslos geworden ist. Die Welt, in der der einzelne Mensch lebt, wird zunehmend unüberschaubarer und unübersichtlicher. Das Vertrauen der Menschen in den Staat und erst recht in die Europäische Union nimmt seit geraumer Zeit immer mehr ab.

„Was bedeutet es für das demokratische Vertrauen der Bürger, wenn politische Entscheidungen in Vorstandsetagen und bunten Kommissionen ausgetragen werden – als in die Grauzone unkontrollierter Verhandlungssysteme?“¹⁵

Dies drückt sich in der Kritik an „denen da oben“ aus; an der abnehmenden Teilnahme bei Wahlen; an zunehmender Beteiligung der Menschen in Bürgerinitiativen; an dem artikulierten Gefühl, es gehe in der Gesellschaft nicht gerecht zu; an der immer größer werdenden Schere zwischen arm und reich und dem Gefühl, die große europäische Erfindung des Wohlfahrtsstaates gerate immer mehr in Gefahr und vieles mehr. In einem Jahrhunderte langen Kampf, angeführt von der Arbeiterklasse, hat sich das Ethos, verstanden als „mehr soziale Gerechtigkeit“ herausgebildet. In jüngster Zeit scheint der Leistungsindividualismus, der immer stärkere Ungleichheit hervorbringt, auf dem Vormarsch.

Die Menschen vermissen Zielvorgaben, fantasievolle Gestaltungskraft in der Politik. Sie wissen nicht, für welche Überzeugung der/die PolitikerIn steht. Sie haben den Eindruck, Überzeugungen würden je nach Chancen des Machterhalts angepasst, ansonsten werde ihre „pünktliche Wiederwahl“ gefährdet. Auf breiter Front nimmt die Entpolitisierung zu, der Rückzug ins Private. Besorgniserregend verstärkt sich dieser Trend bei Jugendlichen. Falls eine Gesellschaft ihrer Jugend keine Zukunftsperspektive mehr bieten kann, wird diese Gesellschaft gefährlich instabil.

Zu dieser Destabilisierung der alten Ordnung tragen auch bei die zunehmende Deregulierung und Flexibilisierung der nationalen Ökonomie sowie die Privatisierung von Leistungen des öffentlichen Sektors.¹⁶

Die Prognose der Abnahme des öffentlichen zugunsten des privaten Bereichs trifft insbesondere auf den Finanzsektor zu. Hier sind nicht nur die Zuwachsraten am höchsten, sondern dort zeigt sich auch am Deutlichsten die Entkoppelung der Warenwelt von der „entstofflichten“ Welt. Letztere wird insbesondere durch die Revolution in der Telekommunikation, Mikroelektronik, Optoelektronik und Nanotechnik ausgeweitet.¹⁷

„Seit 1980 ist der Gesamtbestand der finanziellen Aktiva dreimal schneller angewachsen als das gesamte Bruttoinlandsprodukt der 23 hochentwickelten Länder, aus denen sich während dieser Zeit die OECD hauptsächlich zusammensetzte; das Volumen des Handels mit Devisen,



Wertpapieren und Aktien ist ungefähr fünfmal schneller gewachsen und übertrifft das gesamte BIP jetzt bei Weitem. [...] Der Wert der jährlichen Devisengeschäfte betrug 1983 das Zehnfache des gesamten Welthandels, 2004 aber war es das Siebzigfache, wobei auch der Welthandel über diesen Zeitraum stark gewachsen war. Im Jahr 2001 betrug der durchschnittliche Tagesumsatz der Devisenmärkte 1,3 Billionen, 2004 waren es 1,8 Billionen; das macht beinahe ein Fünftel des Wertes des Welthandels für das gesamte Jahr 2003 aus.“¹⁸

Die letzte Zahl, die ich finden konnte, war vom 1.9.2010, nämlich 4 Billionen täglich.

Am Finanzsektor kann man wohl am deutlichsten die Machtlosigkeit der Nationalstaaten festmachen. Den einzelnen Nationalstaaten ist schon längst die Kontrolle hier entglitten. Der Nationalstaat hat seine ureigene Bestimmung, nämlich das politische System zu steuern, verloren. Wenn die Kunst der Politik darin besteht, das Notwendige möglich zu machen, wie es Kardinal Richelieu formulierte, dann beherrscht der Nationalstaat diese Kunst nicht mehr.

In der entsprechenden Literatur bezweifelt kaum jemand die abnehmende Bedeutung der Nationalstaaten. Lediglich besteht Uneinigkeit darüber, wie weit der Bedeutungsverlust reicht oder ob der Nationalstaat reformierbar ist, d.h. überhaupt noch eine Zukunft hat.

Wie aus meinen bisherigen Ausführungen leicht zu entnehmen ist, hat, meiner Auffassung nach, Europa nur eine Zukunft ohne Nationalstaaten.

In gebotener Kürze werden wir zwei Fragen nachgehen:

- Wie kann Europa jenseits der Nationalstaaten regiert werden?
- Wie können wir in einem postnationalen System die Demokratie erhalten, ja, vertiefen?

Wir wissen natürlich, dass die Nationalstaaten nicht von heute auf morgen aufhören zu existieren. Wir wissen aber auch, dass sie nichts Ewiges sind. Wir wissen weiter um das Beharrungsvermögen der Nationalstaaten, und die Privilegien, die für bestimmte Gruppen mit ihnen zusammenhängen. Auch kennen wir den Vorwurf, ein sogenanntes unrealistisches Modell vorzuschlagen.

Wir stellen uns ein Dreiebenenmodell vor – anders als es heute verstanden wird – mit einer anderen Europäischen Union als ‚global player‘ und den Regionen als dem Hort der Demokratie, dazwischen die Nationalstaaten als Schiedsrichter, vorläufig wenigstens.

Mit dem Dreiebenenmodell neuer Art, nennen wir es einmal Europäische Republik, können wir die heutigen Hauptmängel der Europäischen Union beseitigen:

- das legitimatorische Defizit;
- die Bürgerferne;
- das schwerfällige und zeitraubende intergouvernementale Verhandlungssystem;
- die marktrational, vornehmlich auf ökonomische Sachverhalte konzentrierte Brüsseler Bürokratie;



- Unübersichtlichkeit und fehlende Transparenz in vielen Entscheidungsverfahren;
- die Stagnation in der Fortentwicklung des Systems, da Entscheidungen im Wesentlichen auf dem Konsens des kleinsten gemeinsamen Vielfachen getroffen werden;
- das nicht durchgängige Mehrheitsprinzip bei der Entscheidungsfindung.

Eher grob will ich jetzt das neue Dreiebenenmodell skizzieren. Vertiefen will ich die besondere Rolle der Regionen in diesem Ansatz, um damit dem Thema Ihrer Konferenz Respekt zu zollen.

Da wir nicht davon ausgehen, dass die heutige Europäische Union mit ihren Defiziten transformierbar ist, brauchen wir uns nicht weiter mit den Widerständen des alten Systems zu beschäftigen.

Beginnen wir mit der Verfassung für das neue System. Wie bei allen modernen Verfassungen, so auch die hier zu konstituierende legt die Grundstrukturen des politischen Systems fest, das wir die „Europa der vereinten Regionen“ nennen wollen. Es werden die Institutionen in ihren Kompetenzabgrenzungen, Ämter und Führungspositionen, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit, die Föderationsstaatlichkeit und selbstverständlich die Menschen-, Bürger- und Sozialrechte sowie die Funktionsweise der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung etabliert.

„Die zweite wesentliche Funktion ist die der Legitimierung der konstituierten Ordnung. Die Legitimation einer bestehenden politischen Ordnung bedeutet, dass diese Ordnung als gut und gerecht, das heißt als legitim anerkannt wird. Die Verfassung kann eine politische Ordnung dadurch legitimieren, dass sie auf den Ursprung und die besonderen Umstände ihrer Gründung zurück verweist. Im Akt der Verfassungsgebung haben „we the people“, wie es in der amerikanischen Verfassung von 1787 heißt, beschlossen, sich eine Verfassung zu geben. 1949 gibt sich das „deutsche Volk“ das Grundgesetz und damit eine neue Ordnung.“¹⁹

Eine verfassungsgebende Versammlung mit Vertretern aus allen Regionen und Schichten wird mit der Ausarbeitung beauftragt. Nach Verabschiedung durch die Versammlung wird ein regionenweites Referendum abgehalten.

Grundsätzlich haben wir es insofern mit einem neuen System zu tun, weil direkte und repräsentative Demokratieelemente unauflöslich miteinander verschränkt sind, nach dem Motto, soviel direkte Demokratie wie möglich, soviel Repräsentation wie nötig. Das von uns gedachte System stellt sozusagen die Demokratie wieder vom Kopf auf die Füße.

Auf der oberen Ebene sind das Völkerhaus und das Regionenhaus die beiden Legislativorgane. Das Völkerhaus, die erste Kammer der Republik, setzt sich aus je zwei Abgeordneten pro angefangener Million Einwohner zusammen, die direkt von den Völkern gewählt werden.²⁰

Aus dem Parlament der neuen Republik heraus und diesem verantwortlich, wird dann eine Regierung mit folgenden Zuständigkeiten gebildet:



- Außen- und Sicherheitspolitik
- Finanz- und Währungspolitik
- Einwanderungs- und Asylpolitik
- Koordination der Wirtschaftspolitik
- Koordination der Umweltpolitik
- Rahmen für Sozialpolitik
- Rahmen für Steuerpolitik

Die Bevölkerung der Regionen wählt pro Region, unabhängig von ihrer Größe, jeweils zwei Abgeordnete in das Regionenhaus, die zweite Kammer der Republik. Alle Gesetze und Entscheidungen, die nicht ausdrücklich in die Souveränität der Regionen fallen, bedürfen der Zustimmung beider Häuser.

Die jeweiligen Regionen dieser neuen europäischen Republik sind weitgehend souverän, etwa wie es heute die Schweizer Kantone sind.

Alles, was nicht ausdrücklich in die Zuständigkeiten der oberen Ebene fällt, ist in den Regionen verortet, wie:

- Raum-, Entwicklungs- und Siedlungsplanung
- Wirtschaften mit endogenen Potentialen
- Arbeitsmarkt
- Energie
- Umwelt
- Justiz und Polizei
- Gesundheit
- Familie-Jugend-Alter
- Soziales
- Kultur und Sport
- Bildung-Erziehung-Weiterbildung

Bleibt noch eine kurze Überlegung – neben der regionalen und der oberen Ebene – zu der mittleren Ebene oder auch Zwischenebene genannt. Sie hat für eine Übergangszeit noch eine gewisse Bedeutung. Hier versammeln sich unabhängige Persönlichkeiten aus den ehemaligen Nationalstaaten. Dem Gremium gehören jeweils 12 VertreterInnen aus jedem ehemaligen Nationalstaat an. Dieses Gremium ist eine Art Verfassungsrat. Bevor Differenzen zwischen der unteren und oberen Ebene vor dem ‚Gerichtshof der Republik‘ ausgetragen werden, kann der Verfassungsrat als Vermittler und Schlichter eingeschaltet werden. Es handelt sich quasi um eine in der Verfassung abgesicherte institutionalisierte Schlichtungsinstanz.

Zum Schluss will ich noch begründen, warum in einem „Europa der vereinten Regionen“ die Demokratiepoteziale größer sind als im vorfindlichen System.



Das Individuum mit einer ausgeprägten und gefestigten Identität lebt mit seinen Sorgen und Freuden in einem unverwechselbaren überschaubaren Raum. Dieser Raum, den wir hier einmal vorläufig Region nennen, bietet dem Menschen sozialen Halt, den er zur eigenen Selbstvergewisserung braucht. Die Selbstbesinnung bedarf der notwendigen Ergänzung in der Selbstbestimmung, die zur Selbstregierung in einer weitgehend autonomen Region führt. In einem solchen Umfeld lokaler und regionaler Kommunikationssysteme kann sich Demokratie als Lebensform entwickeln und Demokratie als Herrschaftsform irgendwann obsolet werden.

Durch einen starken Regionalismus, eingebettet in einen integralen Föderalismus, erhält Europa eine Gestalt, eine Finalität, die es in die Lage versetzt, sich in einer immer stärker globalisierten Welt zurechtzufinden, nicht als Objekt, sondern vielmehr als selbstbestimmtes Subjekt. Ein Europa der Bürger im Gegensatz zu einem reduzierten Europa der Ökonomie ist nur möglich, wenn die Menschen einen festen Bezugspunkt haben, einen Ort, wo sie sich emotional aufgehoben fühlen. Dieser Ort ist die Region.

Auf zwei Säulen ruht die Demokratie in einer Region: individuell auf der Identifikation des Individuums und institutionell auf der Subsidiarität.

Regionalbewusstsein entwickelt sich immer aus den konkreten Lebensverhältnissen, die ein Individuum in seiner unmittelbaren kommunalen resp. regionalen Umwelt vorfindet. Eine Region als funktional differenzierte Gesellschaft, meist kleinräumig und überschaubar, ist geprägt durch ihre Geschichte, ihre Traditionen, sprachlichen, kulturellen und ökonomischen Besonderheiten. In einem ständigen Lernprozess in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Freizeit mit Gleichgesinnten und in der Teilhabe am kulturellen und politischen Leben verdichten sich Eindrücke, Auseinandersetzungen, Bewertungen zu unterschiedlichem Bewusstsein beim einzelnen Individuum. In jedem Falle ist der Vorrang der Bewusstwerdung immer an die Wahrnehmung von Realität sowie deren individuelle Verarbeitung gebunden. Damit ist Bewusstsein immer wandel- und veränderbar.

Neben dem regionalen Individualbewusstsein gibt es so etwas wie ein regionales Kollektivbewusstsein. Diese Verbundenheit vom Individuum mit seinem sozialen Umfeld im Zusammenhörigkeitsgefühl, einer Art Wir-Gefühl, macht dann regionale Individualität aus. Ein solches Wir-Gefühl wird dann einheitsstiftend, eine „affektive“ Bindung an eine soziale Bezugseinheit“, die über die Familie und Gemeinde zur Region verläuft. Das Bewusstsein zu einer derartigen sozialen Bezugseinheit zu gehören, verstärkt sich umso mehr, je größer der verantwortete Einfluss auf die Prägung der Bezugseinheit ist. Wie kann diese Stärkung durch Subsidiarität gewährleistet werden?

Auf der lokalen Ebene fängt Subsidiarität an und dort hört sie auch auf. Ulrich Beck spricht in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer „Redefinition des Lokalen“.

Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg hat man insbesondere in Deutschland erkannt, wie wichtig eine funktionierende Selbstverwaltung der Gemeinden für die zukünftige Freiheit Europas sein wird.



In seinem grundlegenden Buch hat der Schweizer Adolf Gasser 1947 die beiden gegensätzlichen Möglichkeiten des Staatsaufbaus „von oben nach unten“ und „von unten nach oben“ analysiert.

Das eine nennt er das „Prinzip der Befehlsverwaltung“, das andere „Selbstverwaltung“. Zur „Bezeichnung der gegensätzlichen Ordnungsprinzipien“ verwendet er gegensätzliche Wortpaare (:) herrschaftlich – genossenschaftlich, obrigkeitlich – gesellschaftlich, hierarchisch – föderativ, apparatmäßig – volksmäßig.²¹

Die beiden Ordnungsprinzipien lassen sich in dem Gegensatzpaar: „herrschaftliches Grundprinzip des Zentralismus“ und „genossenschaftliches Ordnungsprinzip des Kommunalismus“ auf den Punkt bringen. Im weiteren Sinne versteht er das Ordnungsprinzip des Kommunalismus als Föderalismus.

„In den vom Geiste des Kommunalismus und Föderalismus durchdrungenen Völkern beruht das Nationalbewusstsein nicht nur auf Heimatliebe und Staatstreue, sondern darüber hinaus auf den sittlichen Kraftquellen eines tief verwurzelten Gemeinschaftsgefühls.“²²

„Im Geltungsbereiche der kommunalen Gemeinschaftsethik wollen Landschaften und Gemeinden ihre eigenen Angelegenheiten grundsätzlich nur von einheimischen Vertrauensleuten verwalten lassen, nicht von einem hierarchischen Befehlsapparate, von einer ortsfremden Bürokratie. Damit aber verkörpern sie alle den festen Entschluss, etwas Besonderes zu sein: sittlich gefestigte, vom Geist der politischen Solidarität durchdrungene Verbände – Vertrauensgemeinschaften freier Menschen. Aus all dem ergibt sich die Feststellung: Die Bereitschaft zu freier kollektiver Zusammenarbeit, zu kollektiver Gesetzestreue, zu kollektivem Vertrauen kann nur dann einen nationalen Gesamtstaat durchdringen, wenn diese Bereitschaft von vornherein überall in kleinem Raum lebt. Um auf dem Boden der Freiheit eine volkstümliche Ordnung begründen zu können, muss der Nationalstaat [eine europäische Föderation neuer Art] innerlich an das kleinstaatliche Prinzip gebunden bleiben; d.h. er darf seinem Wesen nach nichts anderes sein als eine Vereinigung lokaler Vertrauensgemeinschaften, ein System sich selbstverwaltender lebendiger Kollektivitäten, [...]“²³

In ähnlicher Richtung argumentiert Alexis de Tocqueville in seinem Buch *Über die Demokratie in Amerika*, wenn er formuliert:

„Die Gemeinde ist die einzige Verbindung von Menschen, die so im menschlichen Wesen begründet ist, dass sich überall dort, wo sich Menschen zusammenfinden, von selbst auch eine Gemeinde bildet. [...] gerade in der Gemeinde [liegt] die Stärke freier Völker. Die Einrichtungen der Gemeinde bedeuten für die Freiheit das, was die Volksschulen für die Wissenschaft sind; sie bringen sie in den Auffassungs- und Lebenskreis des Volkes, lassen es Geschmack finden an ihrem friedlichen Genuss und gewöhnen es daran, sich ihrer zu bedienen. Auch ohne gemeinschaftliche Einrichtungen kann sich zwar ein Volk eine freie Staatsführung geben; aber der Sinn für Freiheit wird ihm trotzdem fehlen [...]. Wie überall anderswo ist auch in der Gemeinde das Volk die Quelle aller Macht in der Gesellschaft; es übt die Macht jedoch nirgends anderswo so unmittelbar aus.“²⁴



Dieses Verständnis von Subsidiarität als einem europäischen Architekturprinzip weist weit über den Anspruch im Artikel 5 des Lissabon-Vertrags hinaus. Positiv zu vermerken ist jedoch, dass im Gegensatz zum Vertrag von Amsterdam die regionale und lokale Ebene einbezogen wird. Ähnlich wie im Artikel 4, wo die Achtung der Union vor der „jeweilige(n) nationale(n) Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt.“²⁵

Trotz dieses Fortschritts in den Verträgen, geht uns die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips nicht weit genug. Für uns ist Subsidiarität insofern mehr, wenn wir formulieren: „Subsidiarität [ist] die aktive Unterstützung eines Nationalstaates oder der Europäischen Union, die lokalen und regionalen Subsysteme im Sinne demokratischer Partizipation höher zu entwickeln, selbst unter Hinnahme eigenen Machtverlusts.“²⁶

Neben den bisher genannten Schwierigkeiten, einen Systemwechsel herbeizuführen, wichtige politische Macht von der europäischen und nationalstaatlichen Ebene auf die lokale und regionale Ebene zu verlagern, liegt die Hauptschwierigkeit der direkten Demokratie bei den Menschen selbst.

Sie erfordert den Aktivbürger, der erst noch erzogen werden muss. Ohne bürgergesellschaftliches Engagement in der Verfolgung politischer und sozialer Ziele wird keine Selbstorganisation und umfassende Mitwirkung der BürgerInnen an ihren Angelegenheiten, die nicht rein privater Natur sind, möglich sein.²⁷

Der aufgeklärte, kritische Staatsbürger bestimmt die Regeln des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft auf der Basis eines gemeinsamen Selbstverständnisses für die bestmögliche Problemlösung. Um den Aktivbürger als Endziel zu erhalten, muss von Kind auf Demokratiekompetenz als Ziel angestrebt und eingeübt werden. In der Art, wie heute Politikunterricht in unseren Schulen abläuft, kann man dieses Lernziel nicht erreichen. Zunächst müssen wir Interesse dafür wecken, dass die politischen Angelegenheiten uns alle gemeinsam und jeden Einzelnen im Besonderen betreffen. Wir müssen also das Desinteresse bekämpfen. Das nächst anzustrebende Lernziel ist der „reflektierte Zuschauer“. Dies wäre schon ein erheblicher Fortschritt gegenüber dem „Desinteressierten.“ Solche BürgerInnen wären fähig, kritische Entscheidungen der Politiker zu verstehen und zu reflektieren, sowie die Auswirkung auf das eigene Leben zu beurteilen.

Aus dieser reflexiven Kompetenz würde dann wie von selbst der Wunsch entstehen, nicht nur zu verstehen, sondern auch sich einzumischen. Über die Reflexion von Entscheidungen hat man die Einsicht gewonnen, etwas verändern zu wollen, mitzuwirken an notwendigen Veränderungen. Dies nicht nur, soweit die eigenen Interessen betroffen sind, sondern solidarisch zu sein mit den Interessen anderer. Dieser „interventionsfähige Bürger“ würde bereits grundlegend Kommunalpolitik gegenüber heute verändern.

Wenn Einmischung in die politischen Angelegenheiten, in die Entscheidung kommunaler Eliten zum politischen Prinzip wird, dann werden immer mehr Bürgerinnen aktiv ihre Ange



legenheiten in die eigenen Hände nehmen wollen. Aus dem „interventionsfähigen Bürger“ entsteht ganz allmählich der „Aktivbürger“ als höchstes Ziel kommunaler Selbstverwaltung.²⁸

In diesem langen Erziehungsprozess ändert sich natürlich auch das Bewusstsein. Der Grad des Bewusstseins ist damit proportional den Stufen, die der Einzelne erreicht hat: desinteressiert – reflektiert – interventionsfähig – aktiv. Natürlich wissen wir, wie weit man in unserem heutigen politischen System vom Aktivbürger entfernt ist. Wir wissen auch, dass das Desinteresse der Bürger, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, die eigentliche Achillesferse bei der Umsetzung unserer Überlegungen ist. Dennoch sind wir davon überzeugt, dass wir im Sinne demokratischer Höherentwicklung keine andere Chance haben, das notwendige Bewusstsein für eine Veränderung zu schaffen. Und wenn überhaupt, geht das nur in der Gemeinde und in der Region.

Ohne die frühzeitige Einbeziehung der Kinder, beginnend im Kindergarten, und Jugendlichen wird dies nicht gelingen. Sie müssen wir gewinnen, ihre kognitive Kompetenz nicht nur für das eigene, sondern auch für das Gemeinwohl einzusetzen. Aber kognitive Kompetenz reicht nicht aus. Jedes Engagement – für was auch immer – hat eine rationale und eine emotionale Seite.

In Abwandlung eines Wortes von Alexis de Tocqueville (1805-1859): „Eine völlig neue Welt bedarf einer neuen Staatslehre“²⁹ wollen wir bezogen auf unser Thema formulieren:

Eine völlig neue Bürgergesellschaft bedarf einer neuen politischen Erziehung.

Die Hauptidee meiner Ausführungen fasse ich nochmal zusammen.

Wir fordern nicht mehr und nicht weniger als den Menschen zur Zentralinstanz der Demokratie zu machen. Dies kann er aber nur im unmittelbaren Umfeld in der Gemeinde, in der Region sein. Der Mensch als ein überstaatliches Wesen ist in seiner Region, wo er direkt von politischen Entscheidungen betroffen ist, selbst Träger der Politik. Die regionale Zivilgesellschaft ist ihre eigene Herrin über die politisch notwendig zu treffenden Entscheidungen. Im Idealfall ist jeder Bewohner einer Region auch gleichzeitig aktiver Politiker, wenn auch auf unterschiedlichen Ebenen. Region und Person, Regionalismus und Subsidiarität stehen in einem unauflösbaren Bedingungsverhältnis zu einander. Jede Person mit eigener Identität lebt in einer spezifischen Region mit eigener Regionsräson. Die jeweilige Region hat ein bestimmtes Daseinsgesetz, nach welchem sie geworden ist, bestimmte Lebensbedingungen, die sie unverwechselbar zu der spezifischen Region machen, die sie ist. Dies kann sich beziehen auf räumliche Ausdehnung, auf eine bestimmte soziale und politische Verfasstheit, auf eine volksrepublikanische Stammeszugehörigkeit, auf eine besonders erbrachte Leistung u.ä.. Eine solche Besinnung auf die eigene Regionsräson integriert die jeweiligen sprachlichen und kulturellen Besonderheiten und die Vielfalt von Lebensentwürfen zu einem unverwechselbaren Profil.

Solche Lebensentwürfe sind nicht zuletzt geprägt durch individuelle und regionale Identitäten. Die alten nationalstaatlichen Identitäten werden in einer Europäischen Republik mehr



und mehr überlagert. Neben den starken regionalen Identitäten bildet sich allmählich ein Gemeinschaftsbewusstsein heraus, dass die altnationalen Identitäten aufhebt, auch dies im Sinne Hegels.

Dieses neue System eines „Europa der Vereinten Regionen“ bildet ein variables Gesellschaftssystem heraus, wobei, je nach Fragestellung und Entscheidungsfindung, die verschiedenen regionalen Gesellschaften sich nach ihrer eigenen Regionsräson bestimmen mit spezifischen Lebensformen in einer besonderen Region.

In Abwandlung eines Gedankens von Jacob Burckhardt (1818-1897) existiert die Region, „damit ein Fleck auf der Welt sei“, wo eine „größtmögliche Quote“ der Bewohner „Bürger im vollen Sinne sind“ [...].³⁰ Hierzu gehört vornehmlich Kultur, einfach umschrieben, ist sie das, „was das Leben lebenswert macht.“³¹

„Kultur ist nicht mehr das, wovon wir leben. In erheblichem Maße ist es auch das, wofür wir leben. Liebe, Beziehung, Erinnerung, Verwandtschaft, Heimat, Gemeinschaft, emotionale Erfüllung, geistiges Vergnügen, das Gefühl einer letzten Sinnhaftigkeit – [...].“³²

Eine Föderation neuer Art, als ein „Europa der Vereinten Regionen“, wirkt als lebendiger Regionalismus, nahe beim Alltag der Menschen, der möglichst mit solidarischer und partizipativer Beteiligung aller Betroffenen die anfallenden Probleme zu lösen vermag.

WINFRIED BÖTTCHER, AACHEN IM FEBRUAR 2016

Weitere Beiträge von Professor Dr. Böttcher:

[EUROPA IN NOT](#)

[Europa und Russland als Nachbarn](#)

[Kultur ist nicht alles](#)

[Nachdenken über Europa](#)

[Das Ukraine Experiment](#)

[Russland und der Westen](#)



Anmerkungen und Nachweise

- 1 In diesem Vortrag wiederhole ich weitestgehend Gedanken aus meinem im Nomos-Verlag 2011 erschienenen Buch: Ein anderes Europa – Von den Nationalstaaten zu den Regionen, Baden-Baden
- 2 Schalling (1848), in: Schraven (1989), S. 114
- 3 Hier folgen wir der Differenzierung in der Begrifflichkeit von Ulrich Beck / Dirk Lange (2005), Globalisierung, S. 6 ff.
- 4 ibid., S. 7
- 5 ibid., S. 8
- 6 Vgl. Megrew (2008), S. 17, in: John Baylis, u.a.
- 7 Beck/Lange (2005), S. 8
- 8 Vgl. Megrew (2008), S. 22
- 9 Vgl. Solla Price (1961)
- 10 Vgl. Naisbitt (1984)
- 11 Bacon (1870), S. 124
- 12 Vgl. Kreibich (1986), S. 13 ff.
- 13 Rousseau (1987), S. 37, vgl. Das Wissen dieser Welt (2009), S. 477
- 14 Brecht (1975), S. 677
- 15 Assheuer (2002), S. 330 ff.
- 16 Vgl. Sassen (2008), S. 332
- 17 Vgl. Menzel, S. 179
- 18 Sassen (2008), 404 f.
- 19 Vorländer (1999), S. 17 f.
- 20 Aus Gründen des Schutzes von Minderheiten stellt jedes der heutigen Länder mindestens zwei Vertreter im Völkerhaus, unabhängig davon, wie viele Einwohner das Land hat.
- 21 Vgl. Gasser (1947), S. 12 f.
- 22 ibid., S. 21
- 23 ibid., S. 22 f.
- 24 Tocqueville (1955) (Orig. 1835), S. 87 f.
- 25 Vertrag von Lissabon (2000), Art. 4 und 5
- 26 Böttcher/Krawczynski (2002), S. 38
- 27 Vgl. Datjen (2000), S. 14
- 28 Vgl. ibid., S. 19
- 29 Tocqueville, in: von der Heydte, S. 59
- 30 Burckhardt (Nachlass 1905), hrsg. von Kaegi (1941), S. 81 f.
- 31 Eliot (1961), S. 32
- 32 Eagleton (2001), S. 182



Verwendete Literatur

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, C 364, vom 18.12.2000

Assheuer, Thomas (2002), Wer hat Angst vor der Utopie?, in: Die Zeit, Nr. 50, 5.12.2002

Bacon, Francis (1870), Seven Volumes, Ed., V. Elles, J. Heath, op.cit.: Novum Organum Scientiarum, Vol.1, S.124, London

Baylis, John / Steve Smith / Patricia Owens (2008), The Globalization of World Politics, An introduction to international relations, 4th edition, Oxford

Beck, Ulrich / Dirk Lange (2005), Globalisierung und politische Bildung, in: Praxis Politik, H. 1, 1. Jg., Braunschweig, S. 6 – 11

Böttcher, Winfried, Joanna Krawczynski (2002), Subsidiarität für Europa, Münster/Hamburg/London

Böttcher, Winfried (2011), Ein anderes Europa – Von den Nationalstaaten zu den Regionen, Baden-Baden

Brecht, Bertolt (1975), Schriften in fünf Bänden, hrsg. v. Werner Mittenzweig, 2. Aufl., Weimar

Burckhardt, Jacob (1905 / 1941), Weltgeschichtliche Betrachtungen, Bern

Detjen, Joachim (2000), Die Demokratiekompetenz der Bürger – Herausforderung für die politische Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, S. 11 – 20, B 25, Bonn

Eagleton, Terry (2001), Was ist Kultur?, 2. Aufl., München

Eliot, T.S. (1961), Beiträge zum Begriff der Kultur, Berlin / Frankfurt a. M.

Gasser, Adolf (1947), Gemeindefreiheit als Rettung Europas, 2. Aufl., Basel

Kreibich, Rolf (1986), Die Wissensgesellschaft, Von Galilei zur High-Tech-Revolution, Frankfurt a. M.

Menzel, Ulrich (1998), Globalisierung vs. Fragmentierung, Frankfurt a. M.

Naisbitt, John (1984), Megatrends, Bayreuth

Rousseau, Jean-Jacques (1987), Schriften, hrsg. von Ritter, Henning, Bd. 1, München/Wien

Sassen, Saskia (2008), Das Paradox des Nationalen, Frankfurt a. M.

Schraven, Martin (1989), Philosophie und Revolution, Schellings Verhältnis zum politischen Revolutionsjahr 1848, Stuttgart



Senther, Andreas / Urs Willmann (Hrsg.), (2009), Das Wissen dieser Welt, Hamburg / Heidelberg

Solla, Price, Deree (1961), Science since Babylon, New Haven

Tocqueville, Alexis C.de (1955), Die Demokratie in Amerika, Eine Auswahl, hrsg. v. F.A. Freiherr von der Heydte, Regensburg

Vorländer, Hans (1999), Die Verfassung – Idee und Wirklichkeit, München